

Stress und Zukunftsängste nehmen zu

Ein Drittel mehr Basler Kinder brauchen zusätzliche Hilfe in der Schule. Die Tendenz ist steigend.

Nora Bader

Die integrative Schule stösst an ihre Grenzen, weil immer mehr Kinder zusätzliche Förderung und verstärkte Massnahmen benötigen. Brisant: Weil es bei Letzteren neu Priorisierungen gibt von drei Schülern pro Standort, kommen Lehrpersonen an den Anschlag, da sie die fehlenden Massnahmen abfedern müssen (die bz berichtete). In der gestrigen Sitzung des Grossen Rates beantwortete der Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) die entsprechende Interpellation von Beatrice Messerli (GAB). Wer dringend Förderung benötige, bekomme diese, betonte Cramer. Er hält aber

fest, dass der schulpsychologische Dienst in den letzten Jahren eine Zunahme bei Verhaltensauffälligkeiten, Autismus-Spektrums-Störungen, Stresssymptomen und Zukunftsängsten sowie Suchtverhalten insbesondere beim Medienkonsum von Schülerinnen und Schülern feststelle.

Schulpsychologischer Dienst stoppte Projekte

Das führt zu einem massiven Anstieg bei nötigen Abklärungsverfahren. Im Vergleich zum Jahr 2019 seien im 2020 im Zeitraum Herbstferien bis Dezember 35 Prozent mehr Anträge für Abklärungsverfahren eingegangen, bestätigt Cramer. Die Schülerzahlen stiegen hingegen nur um

2,55 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Und bereits 2019 war mit 716 Abklärungen ein Rekordjahr. Fünf Jahre zuvor wurde gerade mal rund die Hälfte verzeichnet. Die Zahlen steigen weiter: Bereits im ersten Semester des jetzt laufenden Schuljahres seien 638 Anträge eingegangen. Auch die Anzahl der ausserterminlich gestellten Anträge auf Abklärungsverfahren nehme gleichzeitig zu.

«Soll der Qualitätsstandard beibehalten werden, lässt sich die gestiegene Anzahl nicht in der gleichen Zeit bearbeiten», sieht auch Cramer ein. Eine zusätzliche Schwierigkeit stelle die Coronasituation dar: Die Durchführung von Abklärungen und

638

Anträge für Abklärungen gingen im laufenden Schuljahr bisher ein.

Gesprächen sei durch Quarantänesituationen, welche Klienten wie auch Mitarbeitende betreffen, erschwert. «Parallel zu den Abklärungsverfahren mussten dringende Fälle bearbeitet werden, die sich wegen pandemiebedingter Belastungen ergaben», so Cramer weiter.

Der Schulpsychologische Dienst stoppte deshalb vorübergehend Projekte und Weiterbildungen und setzte die dadurch

gewonnene Zeit für Abklärungsverfahren ein. Trotz des enormen Mehraufwandes werde der Schulpsychologische Dienst über 90 Prozent der Anträge bis zum 15. Februar dieses Jahres bearbeiten können, so Cramer. Somit sei nur ein kleiner Teil der Anträge von zeitlichen Verzögerungen betroffen. Das Erziehungsdepartement schätze, dass zusätzliche 80 bis 100 Stellenprozent vom Schulpsychologischen Dienst den Mehraufwand über das gesamte Jahr abdecken würden.

Lehrpersonen fühlen sich nicht ernst genommen

Beatrice Messerli, welche der Regierung Fragen zur Problema-

tik der integrativen Schule gestellt hatte, war mit den Antworten nur teilweise zufrieden. Die aktuelle Situation fordere alle Beteiligten heraus und die Integrative Schule sei nicht so einfach umzusetzen, wie es geplant war. «Dennoch sind Lehrpersonen bereit, Mehrarbeit zu leisten», so Messerli. Lehrpersonen fühlten sich durch die Priorisierung auf die drei dringlichsten Fällen nicht ernst genommen. Die Schule werde für vieles verantwortlich gemacht und nehme die Verantwortung wahr. Verstärkte Massnahmen würden allerdings nur dann beantragt, wenn die schuleigenen Ressourcen aufgebraucht seien und Schüler mehr benötigten.